



In Deutschland arbeiten circa 2,5 Millionen Menschen für Löhne, die weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens ausmachen. Zusätzlich zahlt der Staat, also wir als Steuerzahler,

an 500.000 Vollzeitbeschäftigte auf Niedriglohn-niveau aufstockende Sozialleistungen, da die so Beschäftigten ihre Familien und sich mit ihrem Einkommen nicht über Wasser halten können. Deshalb trete ich für einen flächendeckenden, existenzsichernden gesetzlichen Mindestlohn ein, der gewährleistet, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Nichts ist entwürdigender als trotz eigener Arbeit auf die Unterstützungsleistungen des Staates angewiesen zu sein.

Insbesondere Frauen, junge Menschen und Geringqualifizierte sind davon betroffen – aber nicht nur! Als Konsequenz bislang fehlender gesetzlicher Lohnuntergrenzen hat sich der Niedriglohnsektor ebenso auf Menschen mit abgeschlossener Berufsausbildung ausgeweitet. Dies hat nicht nur Folgen für die Betroffenen, sondern auch für den Staat und die Wirtschaft. Der öffentlichen Hand gehen Steuereinnahmen in Milliardenhöhe verloren, welche für dringend notwendige Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur fehlen.

Auch aus Teilbereichen der Wirtschaft wird die Forderung nach einem Mindestlohn immer lauter. Es gibt einige Branchen, die sich ohne einen gesetzlich verankerten Mindestlohn dauerhaft nicht gegen Billiglohnkonkurrenz und Lohndumping wehren können. Wer anständig zahlt, steht bei den Auftragsvergaben oft hinten an. Deshalb haben wir auch in NRW ein Tariftreugesetz auf den Weg gebracht, welches öffentliche Auftraggeber – wie Städte und Gemeinden – daran bindet, darauf zu achten, dass die von ihnen beauftragten Unternehmen ihre Beschäftigten tariflich entlohnen.

Mit wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Marktwirtschaft ist die erschreckende Ausdehnung der Niedriglohnsektoren jedenfalls nicht vereinbar. Ich trete deshalb ohne jedes Wenn und Aber für einen gesetzlich verankerten Mindestlohn ein. Denn von Arbeit muss man leben können! Motivierte ArbeitnehmerInnen mit anständigen Löhnen und Gehältern sind ein wesentlicher Garant für die Zukunftssicherung unserer Gesellschaft. Deshalb brauchen wir den Mindestlohn!

Joseph Neumann, MdL (SPD)



## Faire Arbeit, keine staatliche Lohnsteuerung

Tarifautonomie und Sozialpartnerschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sind ein Erfolgsmodell. Für 80 Prozent aller Beschäftigungsverhältnisse sind Tarifverträge prägend; die überwiegende Mehrheit der Vollzeitbeschäftigten verfügt über ein existenzsicherndes Einkommen. Faire Arbeitsbedingungen – und dazu gehört selbstverständlich ein fairer Lohn – sind ein Grundpfeiler unserer sozialen Marktwirtschaft.

Der Staat muss Rahmenbedingungen gestalten, Missbrauch bekämpfen und soziale Standards garantieren. Eine staatliche Lohnsteuerung darf es aber nicht geben.

Wo es von den Tarifparteien gewünscht wird, können branchenspezifische Lösungen allgemeinverbindlich vereinbart werden. Die Lohnfindung ohne Berücksichtigung von branchen- und regionenspezifischen Besonderheiten in den Zugriff des Staates zu verlagern, ist der falsche Weg.

Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn wird gerade für die kleinen und mittelständischen Unternehmen problematisch, gefährdet Arbeitsplätze und verhindert Beschäftigung.

Selbstverständlich aber ist auch: Wer Vollzeit arbeitet, muss damit seinen Lebensunterhalt bestreiten können. Deshalb will die FDP ein bedarfsdeckendes Mindesteinkommen für alle Bürger („Bürgergeld“).

Marcel Hafke, MdL (FDP)